

5. Mai 2014

## PRESSEMITTEILUNG

### zur Genehmigung zum Abbau der Reaktoranlage des Forschungsreaktors FRM in Garching

Die „Bürger gegen Atomreaktor Garching e.V.“ protestieren gegen die Art und Weise wie der Abbau der Reaktoranlage im alten Atomei genehmigt wurde. Bebauungspläne der Stadt liegen in der Regel 1 Monat aus. Die Genehmigung der Regierung an sich selbst (Umweltministerium an Ministerium für Bildung und Kultur) das radioaktive Inventar des fast 60 Jahre alten Reaktor abzubauen, durfte man aber nur 2 Wochen einsehen. Noch dazu teilweise in den Osterferien und einer Zeit, in der sich die Bürger noch mit der Neuwahl von Stadtrat und Bürgermeister befassen. Der von uns immer wiederholte Vorwurf, dass Bürger möglichst „dumm“ gehalten werden sollen, wird durch diese Informationspolitik bestätigt. Auch die Technische Universität München hat nichts über das Vorhaben verlauten lassen, obwohl sie den Antrag schon 1998 gestellt hatte. Jetzt sollte es wohl ganz schnell an den Bürgern vorbei gehen.

Die Unterlagen, die der Genehmigung zu Grunde liegen, wurden und werden nicht öffentlich gemacht, anders als z.B. bei „Isar 1“. Gelegenheit Einwände und Bedenken vorzubringen hatten wir Garchinger Bürger nicht. Auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und einen Sicherheitsbericht hat die Genehmigungsbehörde ganz verzichtet. Die Ableitung radioaktiver Stoffe in Luft und Wasser im „betriebsnotwendigen Umfang“ wird zugelassen. Egal, dass Kindertagesstätten in unmittelbarer Nachbarschaft sind und viele junge Menschen am TU-Gelände studieren und arbeiten. Die Angaben über die zugelassenen Freisetzung müssen mit den sonstigen strahlenrelevanten Freisetzung, also Vorbelastungen, summiert werden. Eine zusätzliche Gesundheitsgefährdung kann also nicht ausgeschlossen werden.

Nur wer klagt und dabei das hohe Kostenrisiko für Fachleute, Rechtsanwalt und Gericht auf sich nimmt, erhält die Möglichkeit die Unterlagen einzusehen. Die Bürger gegen Atomreaktor Garching e.V. prüfen dies nun.

Ingrid Wundrak